

## Protokoll Nr. Y/193/2026

über die Sitzung des Finanz- und Betriebsausschusses der Gemeinde Bad Rothenfelde am Mittwoch, den 18.02.2026, Grundschule Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 48-50, 49214 Bad Rothenfelde

**Öffentliche Sitzung:** 19:00 Uhr bis 21:13 Uhr

► **Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Alexander Kuchenbecker

Mitglieder

Herr Franz-Josef Albers

Vertreter für Frau Meyer-Schübli

Herr Frank Bunselmeyer

Herr Alexander Großeknetter

Frau Christiane Schneider

Herr Ralf Spohn

Herr Edmund Tesch

Protokollführer

Herr Jan Prövestmann

von der Verwaltung

Herr Stephan Breitzke

Bauabteilung (bis 20:22 Uhr; einschl. TOP 5)

Herr Axel Pfeiffer

Bauabteilung (bis 19:55 Uhr; einschl. TOP 4)

Gäste

Herr Frank Diederich

D.S.L. Ingenieure GmbH, Lotte

Bürgermeister

Herr Klaus Rehkämper

► **Abwesend:**

Mitglieder

Frau Manuela Meyer-Schübli

► **Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung und Beschlussfassung über dazu vorliegende Anträge
- 2 Genehmigung des Protokolls Nr. Y/182/2025 vom 19.11.2025 - öffentlicher Teil
- 3 Verwaltungsbericht

- 4 Kanaldatenbank/Kanalsanierung - Fachvortrag D.S.L. Ingenieure GmbH (GF Herr F. Diederich)
- 5 Sachstand - Trinkwasserverunreinigung mit ETD
- 6 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2026 mit mittelfristiger Finanzplanung 2025 bis 2029  
Vorlage: Y/2026/507
- 7 Ausschreibung der Ersatzbeschaffung des Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges (HLF 20) für die Freiwillige Feuerwehr Bad Rothenfelde -Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des erforderlichen Auftrags-  
Vorlage: Y/2026/497
- 8 Behandlung von Anfragen und Anregungen

► **Ergebnis der Sitzung:**

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung und Beschlussfassung über dazu vorliegende Anträge**  
**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.  
  
Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.
- zu 2 **Genehmigung des Protokolls Nr. Y/182/2025 vom 19.11.2025 - öffentlicher Teil**  
Das Protokoll Nr. Y/182/2025 vom 19. November 2025 – öffentlicher Teil - wird einstimmig bei 3 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.
- zu 3 **Verwaltungsbericht**  
**Rechnungsprüfungsamt Landkreis Osnabrück**  
**Herr Prävestmann** berichtet, dass am Mittwoch den 07. Januar 2026, das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2024 begonnen hat. Ergebnisse werden in der Sitzungsrunde im Juni erwartet.  
  
**Sanierung Freibad**  
**Bürgermeister Rehkämper** berichtet über den Stand des Sanierungsvorhabens ‚Sole-Freibad Bad Rothenfelde‘. Die Gemeinde hat Mitte Januar die Projektskizze für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ 2025/2026 eingereicht, welches mit einem Investitionsaufwand von rd. 8,4 Millionen Euro beziffert wurde. Über 3.600 Interessenbekundungen mit einer Fördersumme von über 7,5 Milliarden Euro sind eingegangen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wollte ursprünglich bis Ende Februar 2026 die Prüfung durchführen. Aufgrund der sehr hohen Zahl an Interessenbekundungen ist eine Prüfung der Projektskizzen nicht im vorgesehenen Zeitraum möglich. Daher kann die Auswahl der zu fördernden Projekte

voraussichtlich erst nach Ostern erfolgen. Das Fördervolumen wurde schon vorab von einer Milliarde Euro auf 333 Millionen Euro reduziert. Die Chancen auf Förderung sind sehr gering, aber die Hoffnung besteht.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fragt nach der weiteren Entwicklung des in der Vergangenheit schon aufgegriffenen Themas des Einwegkunststofffonds. **Bürgermeister Rehkämper** berichtet, dass es hier einen Sachbearbeiterwechsel gegeben hat und Frau Wierach als neue Sachbearbeiterin sich des Themas angenommen hat. Hierzu sind zunächst Daten für einen möglichen Antrag zu recherchieren und anschließend wird entsprechend berichtet.

**zu 4 Kanaldatenbank/Kanalsanierung - Fachvortrag D.S.L. Ingenieure GmbH (GF Herr F. Diederich)**

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, leitet den Tagesordnungspunkt zur Kanaldatenbank und Kanalsanierung ein und stellt Frank Diederich, Geschäftsführer und Gesellschafter des Ingenieurbüros, D.S.L. INGENIEURE GmbH, vor.

**Frank Diederich** erläutert die Tätigkeitsbereiche seines 2004 gegründeten Ingenieurbüros, das über 14 Mitarbeiter/innen verfügt.

Die Erfassung des Kanalnetzes in Bad Rothenfelde erfolgt durch TV-Inspektionen und eine Kanaldatenbank mit Daten zu 67 km Kanalnetz und 1.725 Schächten. Datenqualität ist entscheidend für Sanierungsmaßnahmen.

Die Inspektionen zeigen, dass ein Großteil des Kanalnetzes sich in normalem Zustand befindet, jedoch gibt es sanierungsbedürftige Abschnitte. In den letzten Jahren wurden über 5.000 Meter Kanal saniert.

Sanierungsmethoden umfassen Schlauchliner (flexible, harzgetränkte Textilschläuche) und punktuelle Reparaturen, die Qualität wird durch Abnahmebefahrungen überprüft. Die Kanaldatenbank wird kontinuierlich aktualisiert.

Neben baulicher Sanierung müssen hydraulische Aspekte berücksichtigt werden. Starkregenereignisse und Fremdwassereinträge stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

Herr Diederich informiert, dass das Ingenieurbüro seit 2023 aktiv in Bad Rothenfelde ist und die Kanaldatenbank aufbereitet sowie Ausschreibungen vorbereitet hat.

Fremdwassereinträge wurden durch Inspektionen identifiziert und reduziert. Die regelmäßige Überprüfung des Kanalnetzes ist ein fortlaufender Prozess, der kontinuierliche Fortschritte liefert.

Herr Diederich berichtet von Fehlan schlüssen bei Regen- und Spritzwasserkanälen, die teilweise behoben wurden, jedoch nicht immer vermieden werden können.

**Frau Schneider** erkundigt sich nach einem sinnvollen Symbiotik zwischen einem Straßenkataster und der Kanaldatenbank. **Herr Diederich** erklärt, dass Straßenkataster zur Planung von Sanierungsmaßnahmen genutzt werden, jedoch nicht von der Gemeinde Bad Rothenfelde, sondern in der Regel von anderen großen Auftraggebern wie die Städte Osnabrück und Münster.

**Herr Diederich** erläutert den Aufbau einer Kanaldatenbank zur Schadensaufnahme. Der Prozess schreitet schrittweise voran, mit einer möglichen Bewertungsskala von 0 bis 5.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, ergänzt, dass erste Anwendungsfälle identifiziert wurden und erläutert, dass die Verantwortung der Kommune bis zur Straßengrenze reicht.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fragt nach Erfahrungen des vergangenen Jahres. **Herr Diederich** erklärt, dass Kommunen sich generell auf extreme Regenereignisse einstellen müssen, da solche Unwetter das Kanalnetz überlasten können.

**Herr Tesch** erkundigt sich nach Notfallplänen für Starkregenereignisse. Einige Kommunen betreiben Starkregenmanagement, um kritische Faktoren wie Tiefpunkte und Wasserabflüsse zu analysieren und Wasser gezielt abzuleiten, antwortet **Herr Diederich**. Er nennt dezentrale Maßnahmen, die insbesondere Keller vor Wasser schützen, und weist darauf hin, dass seit einigen Jahren bei Neubauten über 800 Quadratmetern Überflutungsnachweise gefordert werden.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, erinnert an die Diskussionen in den letzten Jahren, dass Fremdwasser in die Kanäle fließt. Konnten hierfür Ursachen aus den bisher ermittelten Daten ausgewertet werden? **Herr Diederich** und **Herr Pfeiffer** bestätigen, dass wahrscheinlich viele kleine Einfallstore existieren. Die wurden und werden nach und nach abgestellt. Die Gefahr besteht natürlich, dass sich neue Schadstellen bilden.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, thematisiert wiederholte Überflutungen im Gewerbegebiet Strang und fragt nach der aktuellen Beauftragung. **Bürgermeister Rehkämper** erklärt, dass ein Regenwasserkanal basierend auf damaligen Erfahrungen geplant wurde, aber kein umfassender Entwässerungsplan existiert. In den letzten drei Jahren gab es mehrfach Überflutungen, besonders bei starken Regenfällen, die Schäden im betroffenen Betrieb verursachten.

Der Eigentümer des Betriebs hat die Gemeinde wegen der Oberflächenentwässerung kontaktiert. Eine Untersuchung ergab, dass der Regenwasserkanal möglicherweise zu klein ist und die Straßen-Topographie zur Problematik beiträgt. Eine Lösung könnte der Bau eines neuen Kanals sein, die Planungen/Analysen sind jedoch noch in der Planung. **Herr Diederich** fragt, wohin das Wasser bei einer Kanalerweiterung abgeleitet werden soll. **Bürgermeister Rehkämper** erklärt, dass der Süßbach das zusätzliche Wasser aufnehmen müsse.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, erinnert an die Regenereignisse um Weihnachten 2024/2025 und äußert Bedenken zu den hohen Kosten von 500.000 bis 700.000 Euro für das Gewerbegebiet. **Bürgermeister Rehkämper** bestätigt, dass die Planung dem Ausschuss vorgelegt wird, sobald es Neuigkeiten gibt.

**Herr Diederich** thematisiert die Wasserbewirtschaftung und berichtet von Projekten, die Wasser zurückzuhalten, um die Kanalbelastung zu reduzieren. Begrünte Industrieobjekte könnten 80 % des Niederschlags aufnehmen, was langfristig Kosten spart.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Diederich.

zu 5

## **Sachstand - Trinkwasserverunreinigung mit ETD**

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, betont die Bedeutung öffentlicher Diskussionen zur Vermeidung von Gerüchten. Informationen wurden bereits im Februar auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht, weitere könnten bald in der Presse erscheinen.

**Herr Breitzke** verweist auf eine Pressemitteilung des Landkreises Osnabrück, die online einsehbar ist und berichtet über den Hintergrund der Trinkwasserverunreinigung mit dem Herbizid Ethidimuron (ETD).

Herr Breitzke erläutert, dass zusätzliche Grundwassermessstellen im Gemeindegebiet erforderlich sind. Die Untersuchungen werden im Auftrag der Deutschen Bahn durchgeführt, in Absprache mit der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Osnabrück.

Das Herbizid ETD wurde zwischen 1975 und 1990 auf Gleisanlagen eingesetzt. Die Belastung wurde 2011 bei der Firma Gausepohl festgestellt. Die Deutsche Bahn wurde aufgefordert, die Quelle der Verschmutzung zu ermitteln. Ein Schadensherd östlich des Bahnhofs Dissen wurde lokal begrenzt identifiziert.

In 2022/2023 wurde die Belastung im Trinkwasser von Bad Rohenfelde festgestellt. Aufgrund dessen wurde der Brunnen 2 gedrosselt, um die Trinkwasserqualität zu sichern. 2023/2024 wurde vermehrt Wasser vom Wasserbeschaffungsverband bezogen und Brunnen 3 beschleunigt erneuert. In Absprache mit dem Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück wurde festgelegt, dass Brunnen 2 bis zu einem Drittel der Gesamtfördermenge beitragen, die Werte am Wasserwerksausgang liegen jedoch unterhalb des Grenzwertes.

Der Gesundheitsdienst untersuchte private Trinkwasserbrunnen im Bereich der Straßen Heidland und Heidländer Weg und stellte Grenzwertüberschreitungen fest. Betroffene Eigentümer wurden informiert und zur Nutzung des öffentlichen Trinkwassernetzes aufgefordert. Eine Informationsveranstaltung fand im bereits im Juni 2023 statt.

Ein Gutachten aus April 2024 bestätigte, dass die Schadstofffahne von den Bahngleisen in Dissen stammt. Im Einvernehmen mit der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Osnabrück beauftragte die deutsche Bahn eine Machbarkeitsstudie zur Sanierung der Schadstoffquelle und Eindämmung der Fahne. Die Maßnahmen wurden Ende 2024 beauftragt.

Herr Breitzke berichtet von der einjährigen Untersuchung mit zwei beteiligten Büros. Im November wurden Zwischenergebnisse präsentiert, die zusätzliche Grundwassermessstellen als notwendig erachteten, um die Situation zu analysieren. Eines der Ziele ist es, eine mögliche Verlagerung der Schadstofffahne in Richtung Brunnen 3 frühzeitig zu erkennen. Die neuen Messstellen sollen ergänzend zu bestehenden eingerichtet werden.

Herr Breitzke benennt verschiedene Standorte der installierten und zukünftigen Messstellen nach zeitlicher Aufstellungsreihenfolge.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, erkundigt sich, wie tief der Brunnen 2 ist. **Herr Breitzke** antwortet, dass die Tiefe bei etwa 20 bis 30 Metern liegt, genauere Angaben könnten die Wasserwerker machen.

**Herr Breitzke** erläutert, dass die Machbarkeitsstudie theoretische Lösungsansätze ermitteln soll. Optionen sind das Auskoffern des Bodens und der Einsatz von Brunnen zur Grundwasserabsaugung, Reinigung und Rückführung über Schluckbrunnen. Er betont, dass dies alles Spekulationen sind und die Studie, an der zwei Büros beteiligt sind, klären soll, welche Maßnahmen möglich sind.

**Frau Schneider** fordert einen Zeitplan und konkrete Maßnahmen. **Herr Breitzke** entgegnet, dass die Machbarkeitsstudie zunächst klären müsse, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt umsetzbar sind.

**Herr Bunselmeyer** fragt nach der Möglichkeit einer Zunahme der Kontamination am Brunnen 2. Herr Breitzke erklärt, dass dies theoretisch möglich sei, aber untersucht werde. Die Problematik sei erst 2022/2023 aufgefallen.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fragt, seit wann Ethidimuron im Trinkwasser untersucht wird. **Herr Breitzke** antwortet, dass dies seit vielen Jahren der Fall sei.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, führt aus, dass das weitere Fördern aus Brunnen 2 die Wahrscheinlichkeit erhöhen könnte, dass die Kontamination nicht zu Brunnen 3 gelangt. So würde der Weg der ETD-Fahne nicht verändert. **Herr Breitzke** ergänzt, dass Brunnen 2 etwa ein Drittel der Gesamtfördermenge liefert und die Werte im gemischten Wasser gut sind.

**Herr Bunselmeyer** erkundigt sich nach den Kosten und der Machbarkeit einer stationären Filteranlage zur Schadstofffiltration im Wasser und fragt nach transportablen Geräten sowie den Installationskosten.

**Herr Breitzke** erklärt, dass die Kosten bisher nicht ermittelt wurden. Ein externes Büro könnte beauftragt werden, dies wird jedoch wahrscheinlich auch im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft. Er betont, dass auch die laufenden Kosten berücksichtigt werden müssen und äußert Zweifel, dass die Kosten im sechsstelligen Bereich bleiben. Die Werte lagen zuletzt unter den Grenzwerten (0,1 Mikrogramm pro Liter), jedoch bleibt die Kontamination des Brunnens 2 ein Problem. Die untere Bodenschutzbehörde ist für die Ursachenklärung zuständig, die Deutsche Bahn kooperiert.

**Herr Bunselmeyer** fragt, wer für mögliche Schäden aufkommt. Er weist darauf hin, dass die Klärung Jahre dauern könnte, was die Kostenverteilung betrifft.

**Herr Breitzke** erklärt, dass die Deutsche Bahn keine Aussagen zu zukünftigen Kosten macht. Die Studien werden von der Bahn beauftragt und finanziert, die Ergebnisse können von der Bodenschutzbehörde geprüft werden. Die Bahn hat juristische Unterstützung.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, bedankt sich bei Herr Breitzke und schlägt vor, offene Fragen in einem weiteren Gespräch telefonisch zu klären.

zu 6

## **Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2026 mit mittelfristiger Finanzplanung 2025 bis 2029**

**Vorlage: Y/2026/507**

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, leitet die Diskussion zum Haushaltsplan ein und übergibt an Herrn Prövestmann.

**Herr Prävestmann** erläutert den Haushaltsentwurf 2026, der im Dezember eingebracht wurde. Einleitend beschreibt er das Dreikomponentenmodell des kommunalen Rechnungswesens: Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz.

Für 2026 sind ordentliche Erträge von 18.152.500 Euro und Aufwendungen von 20.051.400 Euro geplant, was zu einem Ergebnis von -1.898.900 Euro führt. Der Einkommensteueranteil steigt auf 4.485.000 Euro, der Umsatzsteueranteil auf 855.000 Euro, während die Schlüsselzuweisungen auf 1.382.500 Euro sinken. Die Gewerbesteuer wird mit 4.500.000 Euro angesetzt.

Die Kitafinanzierung verringert sich auf 1.435.000 Euro. Die Kreisumlage steigt auf 5.678.100 Euro. Die Verlustzuweisungen der Bäderbetriebe betragen 450.000 Euro, die der Kurverwaltung 400.000 Euro.

Für 2026 sind keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen geplant. Wichtige Investitionen umfassen 2026 die Sanierung des Freibads (500.000 Euro) und den Ausbau der Ganztagsmensa (1.000.000 Euro insgesamt über 2 Jahre). Die Gesamtsumme der Investitionen beträgt 4.185.000 Euro.

Im Finanzhaushalt sind Einzahlungen von 17.707.200 Euro und Auszahlungen von 18.761.300 Euro geplant, was zu einem Saldo von -1.054.100 Euro führt. Der Kontostand zum 1. Januar 2026 beträgt rd. 4.385.000 Euro.

Seit der Einbringung am 11. Dezember gab es wenige Änderungen. Die Kosten für den Winterdienst erhöhen sich allerdings aufgrund des schweren Wintereinbruchs um 40.000 Euro und die nun vorliegenden Berechnungen der Energiekosten für die KiTa Aschendorf erfordern einen Zuschlag von 12.000 Euro. Der Zinsaufwand aus den NLG-Darlehen sind aus Ermächtigungsgrundlagen im Ertragshaushalt (nicht zahlungswirksam) zu berücksichtigen. Insgesamt führen diese neuen Ansätze zu einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von -2.050.900 Euro.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, bedankt sich für die Ausführungen.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, bemerkt, dass die Situation mit dem Fehlbetrag nur bedingt zufriedenstellend ist und fragt nach spezifischen Fragen oder Anregungen. **Herr Bunselmeyer** erkundigt sich nach dem Ansatz für die Großtagespflege „Kleine Salinchen“. Ist hier noch der volle Ansatz berücksichtigt? Eine Entlastung des Ergebnishaushaltes ist absehbar, wenn der Rat dem Ausschuss folge und eine Vertragsbeendigung vornehme. **Herr Prävestmann** bestätigt, dass der Ansatz noch in der ursprünglichen Höhe bei 146.400 Euro steht. **Bürgermeister Rehkämper** ergänzt, dass der Ansatz sich bei einer Vertragsbeendigung im Juli 2026 anteilig verringern wird. Der Gemeinderat wird der Empfehlung des Sozialausschusses wahrscheinlich folgen und daher kann der Ansatz reduziert werden.

**Herr Bunselmeyer** erkundigt sich nach der Ansatzhöhe der Personalkosten und weist auf einen höheren Ansatz für 2025 hin. **Herr Prävestmann** erklärt, dass die Anzahl der Personalstellen und deren Eingruppierungen die Kosten beeinflussen und die aktuellen Zahlen der Personalabteilung berücksichtigt wurden. Entsprechende Zahlen können noch nachgereicht werden.

**Herr Bunselmeyer** spricht die noch nicht umgesetzten Projekte, wie die Sanierung des Wittekindsprudels und des Heimatmuseums, des Vorjahres an. **Herr Prävestmann** bestätigt, dass diese auch im Haushalt 2026 enthalten sind.

**Herr Bunselmeyer** äußert sich zur Reduzierung des Ansatzes „Menschen im Blick“ von 10.000 Euro auf 5.000 Euro. Er betont, dass er von einem dreijährigen Ansatzzeitraum ausgegangen ist und dieser Ansatz sowohl für Menschen im Blick als auch für die Tafel Dissen gilt.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dieser Aussage zu. **Herr Prävestmann** erklärt, dass die Reduzierung aufgrund des hohen finanziellen Zuspruchs bzw. der Spendenbereitschaft vorgenommen wurde. Der hohe Liquiditätsstand sowie die mittlerweile feste Verankerung im Gemeinwesen hätte für eine Reduzierung gesprochen.

Des Weiteren spricht **Herr Bunselmeyer** das Bauprojekt „KiTa-Löwenzahn“ an und schlägt vor, die veranschlagten 200.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen, um eine klare Übersicht zu erhalten. **Herr Prävestmann** bestätigt, dass das Projekt noch nicht abgeschlossen ist und gegenwärtig die Schlussrechnungen eintreffen. Zudem fallen dem Projekt weitergehende Maßnahmen zu, wie zusätzliche Kosten für einen Parkstreifen und eine Stellfläche.

**Herr Albers** schlägt vor, die Abweichungen offen darzustellen. **Herr Bunselmeyer** betont die Wichtigkeit der transparenten Darstellung der Abweichungen und Zahlen. Er fordert eine detaillierte Kostenaufstellung vom Architekturbüro im zuständigen Sozialausschuss.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, unterstützt die Idee einer detaillierten Aufstellung als notwendig und hilfreich.

**Herr Bunselmeyer** weist auf die Kosten in Höhe von 700.000 Euro für die Motorik-Anlage hin. Davon werden voraussichtlich 180.000 Euro für den Bodenaushub und Baumbepflanzung bereitgestellt. Hierzu sollten die Fachleute eine Stellungnahme und die Kostenaufschlüsselung abgeben.

Auch **Herr Albers** und **der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, kritisieren den Teilbereich der Motorikanlage mit dem Bodenaustausch und das Pflanzen von Bäumen. Die Höhe der Gesamtkosten erscheint hoch.

**Herr Bunselmeyer** betont die politische Willensbekundung in der Gemeinde, bei der Anschaffung gemeindeeigener Fahrzeuge auf Elektrofahrzeugen zu setzen und die Nutzung des vorhandenen Stromüberschusses für deren Betrieb. Dies sollten bei der Anschaffung der neuen Fahrzeuge des Bauhofes berücksichtigt werden.

**Bürgermeister Rehkämper** berichtet von der Prüfung der Anschaffung von Elektrofahrzeugen für Bauhoffahrzeuge. Hierzu wurden Gespräche mit Ansgar Beermann geführt. Für bestimmte Arbeiten sind jedoch Verbrennungsmotoren erforderlich. Ein neues Elektrofahrzeug für die Kurparkwege wurde beschafft, während ein neuer Kastenwagen als Elektrofahrzeug einen anderen alten Wagen ersetzt. Dieser wird von Technikern für Außendienste genutzt und die Anschaffung wurde positiv aufgenommen.

**Bürgermeister Rehkämper** erläutert, dass der Aufwand für Kindertagesstätten 2026 voraussichtlich geringer ausfällt, dank erhöhter Personalkostenzuschüsse des Landes Niedersachsen. Dies kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch freien, gemeinnützigen und kirchlichen Trägern zugute, was den Defizitausgleich reduziert und die Haushaltsbelastung verringert.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker** bittet die Verwaltung, zwei kleinere Anliegen (Einfassung Containerstandort Lidl; zusätzlicher Wasseranschluss am Wassertretbecken für die Fußreinigung) zu prüfen, ob sie mit vorhandenen Mitteln umgesetzt werden können.

**Bürgermeister Rehkämper** erläutert die Möglichkeit, eine weitere Liegenschaft in exponierter Lage des Kurhauses zu erwerben. Eine Kreditaufnahme zur Sicherstellung der Finanzierung könnte notwendig sein, beispielsweise in Höhe von 190.000 Euro, jedoch nur wenn die Liquidität erforderlich ist.

**Herr Prävestmann** ergänzt, dass laut Haushaltssatzung generell derzeit Liquiditätskredite in Höhe von 2,9 Millionen Euro in Anspruch genommen werden können. **Bürgermeister Rehkämper** betont, dass in den letzten Jahren keine Kassenkredite in Anspruch genommen wurden, was positiv für die Leistungsfähigkeit des Haushalts sei. Allerdings sei die Steuerkraft der Kommune unterdurchschnittlich, was die finanziellen Spielräume einschränke. Angesichts geplanter Investitionen und möglicher Liegenschaftsankäufe sei eine Kreditaufnahme sinnvoll, ohne die Eigenkapitalsituation zu verschlechtern, wobei eine sorgfältige Beobachtung der finanziellen Ausstattung erforderlich sei.

**Bürgermeister Rehkämper** betont, dass eine Kreditaufnahme nur in Höhe der Tilgung bestehender Kredite erfolgen soll, so dass eine Netto-Neuverschuldung vermieden werden kann.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fragt nach der Tilgung für 2026, die bei 191.000 Euro liegt. **Herr Prävestmann** bestätigt die Tilgungssumme.

**Herr Tesch** favorisiert einen Ansatz für die Sanierung des Zentralparkplatzes.

**Bürgermeister Rehkämper** schlägt vor, die Maßnahme noch nicht im aktuellen Haushalt zu berücksichtigen. Er weist auf die wirtschaftliche Relevanz des Zentralparkplatzes hin, nennt jedoch Herausforderungen wie unterschiedliche Eigentümer oder belastetes Bodenmaterial. Eine oberflächliche Sanierung wäre kostengünstiger. Er erinnert an frühere Diskussionen und schlägt eine detaillierte Ausarbeitung durch die Verwaltung vor.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, erinnert an frühere Gespräche zur Parkraumbewirtschaftung und schlägt vor, das Thema erneut im Finanzausschuss zu behandeln.

**Herr Albers** bringt ein, dass das Thema auch in einem anderen Ausschuss behandelt werden könnte. Es müsse ein zuständiger Ausschuss, wie den Bauausschuss, gefunden werden.

**Herr Bunselmeyer** unterstützt den Vorschlag, betont jedoch die Priorität anderer Projekte wie das Heimatmuseum und der Wittekindsprudel, die dringend saniert werden müssen.

**Bürgermeister Rehkämper** entgegnet, dass die Sanierung des Zentralparkplatzes hohe Kosten verursacht, aber auch andere Projekte finanzielle Mittel erfordern. Bei Bedarf kann möglicherweise auch ein Weg über einen Nachtragshaushalt gewählt werden.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fragt nach, ob 200.000 Euro für die Sanierung des Zentralparkplatzes im Haushalt eingestellt werden sollen. **Herr Bunselmeyer** spricht sich gegen eine zügige Umsetzung aus.

**Bürgermeister Rehkämper** weist auf ein Defizit von über 2 Mio. Euro im Haushaltsplan hin, was die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde einschränkt.

**Bürgermeister Rehkämper** erläutert, dass die Kommunen finanziell unter Druck stehen, da sie unterfinanziert sind und gesetzliche Aufgaben bewältigen müssen. Im Jahr 2026 müssten voraussichtlich 5,6 Millionen Euro aus dem kommunalen Haushalt an den Kreis abgeführt werden, was die finanzielle Belastung verdeutlicht. Der Haushaltsausgleich sei derzeit nur durch Entnahme aus der allgemeinen Überschussrücklage (rund 12 Millionen Euro) möglich (=fiktiver Haushaltsausgleich). Er betont die Wichtigkeit, diese Projekte erneut aufzugreifen. Der Haushalt könnte trotz Fehlbedarfs von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, was positiv wäre. Er weist auf die Notwendigkeit hin, weiterhin zu investieren und deutet an, dass ein Nachtragshaushalt erforderlich sein könnte.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, fasst die Diskussionen zusammen und stellt allgemeine Zustimmung zur Ausgabe „Menschen im Blick“ fest. Er hat den Vorschlag eines Soll/Ist-Abgleichs durch den zuständigen Architekten im zuständigen Ausschuss für die Baukosten der Kita Aschendorf aufgenommen.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, erkennt Zustimmung zu den bisherigen Vorschlägen. Für den Motorikparcours schlägt er einen Sperrvermerk für die strittigen Kosten vor. Er weist darauf hin, dass der Hinweis zu Elektrofahrzeugen keinen direkten Bezug zum Haushalt habe.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, schlägt vor, die Parkplatzbewirtschaftung in einer zukünftigen Finanzausschusssitzung zu thematisieren, da dies auch mit Baumaßnahmen im Bauausschuss relevant sein könnte. Er betont die Notwendigkeit, die Idee einer Schrankenanlage auf dem Zentralparkplatz weiterzuverfolgen und personelle sowie verwaltungstechnische Umsetzungsmöglichkeiten zu klären.

**Bürgermeister Rehkämper** hebt die Bedeutung einer hohen Qualität für die Gäste hervor und schlägt vor, die OPG Parkstättengesellschaft um ein Konzept zur Weiterentwicklung des Zentralparkplatzes zu bitten. Er verweist auf die spezifischen Gegebenheiten des Parkplatzes und betont, dass es zunächst um die Entwicklung einer Idee geht.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, stimmt zu und hebt hervor, dass die Verbesserung der Besucherqualität auch die Einnahmesituation fördern könnte.

**Herr Albers** warnt vor einer Verzettelung und fordert, die geplanten Maßnahmen im Kontext des Verkehrsentwicklungskonzeptes zu betrachten.

**Bürgermeister Rehkämper** erinnert an das Verkehrsentwicklungskonzept und schlägt eine Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit der OPG vor, wobei der Zentralparkplatz eine zentrale Rolle spielt.

**Herr Prövestmann** fasst die Änderungen des vorliegenden Haushaltplans zusammen. Aus der Präsentation sind folgende Veränderungen einzuplanen:

- |   |             |
|---|-------------|
| • NLG-Zinsaufwand (nicht zahlungswirksam) | 100.000 EUR |
| • Energiekosten KiTa Aschendorf           | 12.000 EUR  |
| • Winterdienst                            | 40.000 EUR  |

Die Ausschlussdiskussion ergab folgende Änderungen

- |                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| • Aufwandsreduzierung Großtagespflege | -66.400 EUR |
| • Aufwandserhöhung Menschen im Blick  | 5.000 EUR   |

Investitionsmittel für den Erwerb einer Grundstückfläche im Gemeindegebiet werden bereitgestellt, welche bis zu einer Summe von 190.000 EUR über Kredit finanziert werden können.

Zudem wurde ein Sperrvermerk für den 180.000 EUR Anteil am Bodenaustausch und der Baumbepflanzung im Zusammenhang mit der Errichtung der Motorik-Anlage vereinbart. Die Kostenentwicklung des Investitionsprojekts „KiTa-Aschendorf“ soll vom zuständigen Architekt im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss vorgestellt werden.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, lässt über den Beschlussvorschlag mit den vorstehenden Änderungen abstimmen (einstimmig).

(Hinweis: Unter Berücksichtigung der oben genannten Diskussionsergebnisse ergibt sich lt. Berechnung der Kämmererei ein Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von -1.989.500 EUR und im Finanzhaushalt eine Finanzmittelveränderung von -4.386.200 EUR.

#### **Beschlussvorschlag (einstimmig):**

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung 2026 wird in der diesem Protokoll beigefügten Fassung beschlossen.

Gleichzeitig wird das Investitionsprogramm beschlossen.

zu 7

#### **Ausschreibung der Ersatzbeschaffung des Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges (HLF 20) für die Freiwillige Feuerwehr Bad Rothenfelde -Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des erforderlichen Auftrags- Vorlage: Y/2026/497**

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, informiert, dass es um die frühzeitige Bestellung eines Feuerwehrfahrzeugs im Rahmen des ordentlichen Beschaffungsplans gehe.

**Herr Prävestmann** bestätigt dies und betont die Notwendigkeit der frühen Bestellung aufgrund mittlerweile sehr langen Lieferzeiten.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker**, unterstützt die Vorgehensweise der Feuerwehr und schlägt eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag vor. Es erfolgt keine weitere Diskussion.

#### **Beschlussvorschlag (einstimmig):**

Die Verwaltung wird ermächtigt den erforderlichen Auftrag für die Beschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges (HLF 20) –soweit er sich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bewegt- zu erteilen.

**zu 8      Behandlung von Anfragen und Anregungen**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Der Vorsitzende, Herr Kuchenbecker,** schließt um 21:13 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Alexander Kuchenbecker  
Vorsitzender

gez. Klaus Rehkämper  
Bürgermeister

gez. Jan Prävestmann  
Protokollführer